

Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg – Baustein auf dem Weg zur Bürgerkommune

Christina Emmrich

Vorbemerkung

Lichtenberg ist ein Berliner Bezirk mit rund 255.000 Einwohnern im Nordosten der Stadt. Es handelt sich bei dem 52,3 Quadratmeter großen Bezirk um ein mehr oder weniger künstliches Gebilde, das im Jahre 2001 durch Bezirksfusion entstanden ist.



Lichtenberg verbindet Tradition und Moderne, vereint großstädtisches Leben und dörfliche Idylle. Von der Barnimer Feldmark im Norden über die Großsiedlung Hohenschönhausen bis zur Victoriastadt am Ostkreuz und zum beschaulichen Karlshorst im Süden präsentiert sich der Bezirk grün, lebendig, kinder- und familienfreundlich.

Lichtenberg hat sich bereits im Jahre 2001 die Entwicklung zur Bürgerkommune auf die Fahne geschrieben. Bezirksamt und

Bezirksverordnetenversammlung waren sich immer einig darüber, dass nicht die „Bürgerkommune“ an sich beschlossen werden kann, sondern nur das Ziel definiert und der Weg dorthin annähernd beschrieben werden kann, die Straße aber noch gebaut werden muss.

Es wird keinen festen Zeitpunkt der fertigen Umsetzung geben. Vielmehr wird es ein sich langsam entwickelnder Prozess sein, bei dem allerdings immer zu beachten ist, nicht alles neu zu erfinden. Bestehendes muss genutzt werden und – soweit erforderlich – den Gegebenheiten angepasst werden. Bürgerhaushalt und Bürgerkommune sind untrennbar mit Lichtenberg verbunden.

Bürgerkommune Lichtenberg

Definition und Zielbeschreibung

Die „Bürgerkommune Lichtenberg“ ist definiert als ein regionales Gemeinwesen innerhalb Berlins, in dem die Menschen gern leben, weil sie sich an den kommunalen Gestaltungsprozessen beteiligen, ein vielfältiges und lebendiges Lebensumfeld mitgestalten, in dem sie eine sehr gute bezirkliche Angebots- und Servicequalität vorfinden und nutzen können.

Im Rahmen der Gemeinwesenaktivitäten unter der Zielsetzung „Lichtenberg auf dem Weg zur Bürgerkommune“ sollen das bürgerschaftliche Engagement gefördert, soziale und kulturelle Angebote von öffentlicher Hand und freien Trägern vernetzt sowie das stadtteilbezogene Handeln der Verwaltung gestärkt werden. Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung haben nach ausführlicher Diskussion vier Leitziele für den Bezirk verabschiedet. Die Leitziele sind jeweils durch Einzelziele definiert und bilden die Grundlage für die Fach- und Ressourcenplanungen sowie das Verwaltungshandeln:

- Wir sind der kinder- und familienfreundliche Bezirk
- Wir fördern Vielfalt und Chancengleichheit
- Wir sind eine innovative Verwaltung und setzen Ressourcen effektiv ein
- Wir entwickeln Lichtenberg zur Bürgerkommune
 - Wir nutzen die vielfältigen Kompetenzen der Bevölkerung im Rahmen einer umfassenden Bürgerbeteiligung.
 - Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit.
 - Wir fördern die Motivation und Qualifikation der Bürgerinnen und Bürger, um ihre Bereitschaft und Möglichkeit zur Mitbestimmung zu stärken.
 - Wir streben danach, bürgerschaftliche Partizipationsräume nachhaltig zu erhalten und zu erweitern.
 - Wir setzen uns für ein sinnvolles Zusammenwirken von Politik, Bürgerschaft und Verwaltung ein.
 - Wir erwarten von den Bürgerinnen und Bürgern die Übernahme von Verantwortung und die Bereitschaft zum Engagement für kommunale Belange.

Aus diesen Leitzielvorgaben ergeben sich für Politik und Verwaltung folgende Handlungsstrategien:

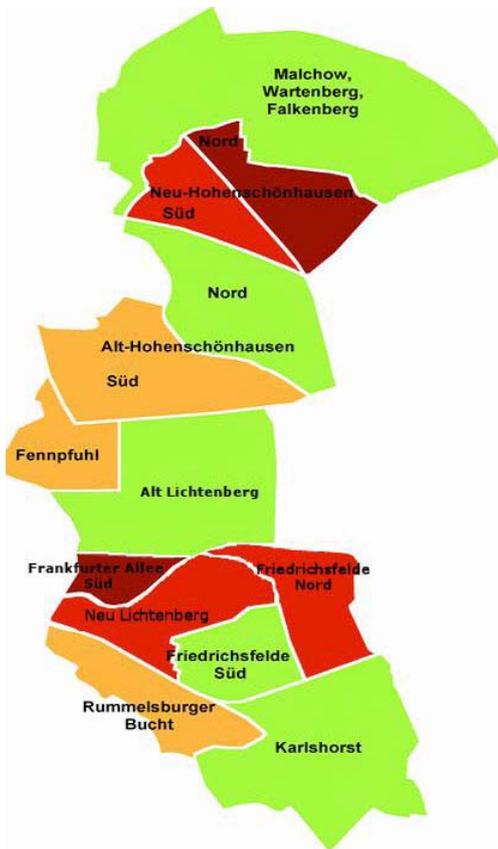
- Umfassende Einbeziehung der Bürgerschaft in kommunale Entscheidungen
- Transparentes Handeln der Verwaltung
- Verstärkte Verknüpfung bürgerschaftlichen Engagements mit kommunalem Handeln

- Verstärkte Stadtteilorientierung im Handeln der Verwaltung durch Schaffung der dafür notwendigen Strukturen (Stadtteilmanagement, lokale Netzwerke freier Träger)
- Unterstützung und Förderung einer verstärkten Selbstorganisation der Bürgerschaft
- Erarbeitung integrierter Stadtteilentwicklungsziele

Bausteine der Bürgerkommune Lichtenberg

Stadtteile

Der Bezirk ist untergliedert in 33 Sozialräume, die wiederum zu 13 Stadtteilen zusammengefasst sind. Das Gemeinwesenkonzept knüpft an die Stadtteile an. Die Einwohnerzahlen der Stadtteile schwanken zwischen 4.000 (Rummelsburger Bucht) und 30.000 (Fennpfuhl). Für jeden Stadtteil gibt es ein Stadtteilporträt (Beschreibung des Ist-Zustands und des besonderen Gepräges), Leitbild und Perspektiven sowie die Entwicklungsziele für den Stadtteil, die von Bewohnern, Verwaltung und Politik gemeinsam erarbeitet werden.



Stadtteilzentren

Die Stadtteilzentren sind als Träger der Stadtteilarbeit Schnittstellen in einem über den ganzen Bezirk ausgelegten Netzwerk sozial-kulturell tätiger Strukturen. Das einzelne Stadtteilzentrum ist nicht nur ein Ort, sondern auch eine Methode der Bündelung von ideellen und materiellen Ressourcen, von Kommunikationsmöglichkeiten, Informationen und Angeboten. Sie wirken mit ihren Standorten und Räumen als regionale Netzwerke. Sie sind Orte des Engagements, der Partizipation und der Integration.

Den Stadtteilzentren kommt in der Bezirksregion eine besondere Rolle zu. Sie sind wichtige Kristallisationspunkte im Sozialraum, indem sie über unterschiedliche Zugänge vielfältiges Wissen zu Bedarfslagen, Ressourcen und Partnern im Stadtteil gewinnen, daraus Handlungsbedarfe ableiten und sinnvolle Entwicklungsprozesse in der Bezirksregion in die Wege leiten. Dies

erfolgt durch das Anpassen bestehender oder Initiieren neuer Angebote in eigener Trägerschaft oder mit geeigneten Partnern. Als Verantwortungsträger für Vernetzungsprozesse in ihrem Prognoseraum mit den dazugehörigen Bezirksregionen und als Katalysatoren für die Bedürfnisse der Anwohnerschaft sind die Stadtteilzentren zudem wichtige Partner der öffentlichen Verwaltung.

Stadtteilmanagement

Das Stadtteilmanagement, als Bestandteil der Verwaltung, unterstützt die Stadtteilzentren bei der Vernetzungsarbeit im Stadtteil. Es bildet die Schnittstelle zwischen der Bezirksverwaltung und den Stadtteilen, stellt die Transparenz und einen reibungslosen Informationsfluss in beide Richtungen her. Es transportiert Informationen zu Ressourcen, Aktivitäten und Handlungsbedarfen der Stadtteile in die Verwaltung. Umgekehrt werden relevante Informationen zu bezirklichen Interessen und Zielsetzungen sowie über Vorhaben und Planungen in die Stadtteile getragen. Das Stadtteilmanagement berät und unterstützt die Stadtteilzentren bei der Planung und Durchführung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanung auf der Ebene der Stadtteile. Das Bezirksamt beschäftigt insgesamt fünf Stadtteilmanagerinnen.

Stadtteilkonferenzen

Stadtteilkonferenzen sind regelmäßig stattfindende Foren, die durch die Stadtteilzentren für jeden Stadtteil in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, insbesondere mit dem Stadtteilmanagement durchgeführt werden. Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Stadtteilkonferenzen sind Bürgerinnen und Bürger, alle im Stadtteil ansässigen Träger und Einrichtungen, Kiezvereine und -beiräte, Mieterbeiräte, Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft u. a. Politik und Verwaltung werden nach Bedarf und auf Anforderung durch die Organisatoren der Stadtteilkonferenzen zugezogen. Stadtteilentwicklungsziele sollen hier abgestimmt und fortgeschrieben, sowie die Vernetzung von Planungen der Stadtteilarbeit und des Haushaltes sichergestellt werden.

Stadtteilkonferenzen sind ein wesentlicher Bestandteil für die Diskussionen innerhalb des Bürgerhaushaltes Lichtenberg. Sie bieten das Forum für die kontinuierliche Erarbeitung von Vorschlägen und bereiten die Vorschläge für die Votierungsveranstaltungen vor. Dazu gehört auch die Präsentation umgesetzter Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes Lichtenberg. Dem Bezirksamt ist klar, dass die Anforderungen, die sich aus der aufgezeigten Struktur an die Beteiligten ergeben, umfangreiche und zielgerichtete Fort- und Weiterbildungen erforderlich machen.

Bürgerhaushalt Lichtenberg

Ziele des Bürgerhaushalts und der Gemeinwesenentwicklung

Der Bürgerhaushalt hat sich seit 2005 als Verfahren zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanung, -durchführung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg etabliert. Der Bürgerhaushalt ist Bestandteil des Regelaufgabenkatalogs der Bezirksverwaltung. Der Bürgerhaushalt soll aufgrund der aktiven Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanung und Haushaltskontrolle einen effizienteren und effektiveren Einsatz der Ressourcen bewirken, insbesondere sollen die nur begrenzt verfügbaren Mittel aufgrund sorgfältiger Prioritätenabwägung und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechend eingesetzt werden. Das schließt Vorschläge und Empfehlungen zu Minderausstattungen ein. Die öffentliche Auseinandersetzung über Bedarfe und Ressourcen einerseits, die Transparenz der Haushaltsentscheidungen andererseits ermöglicht einen Informationsgewinn sowohl bei den Entscheidungsträgern als auch bei beteiligten Bürgerinnen

und Bürgern, Ressourcenbündelung durch Planungsvernetzung, Wirksamkeitsdialog und kleinräumliche Steuerung des Mitteleinsatzes.

Berliner Haushaltssystematik

Berlin ist Stadt und Land zugleich. Die Berliner Bezirke erfüllen ihre Aufgaben nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung und nehmen regelmäßig die örtlichen Verwaltungsaufgaben wahr. Gemäß Art 67 Abs. 2 Satz 1 VvB sind die Bezirke für alle Aufgaben der Landesverwaltung zuständig, die nicht ausdrücklich der Hauptverwaltung zugewiesen sind. Die Steuerhoheit liegt beim Land, die Bezirke dürfen keine Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen, die notwendigen Haushaltsmittel werden den Bezirken vom Land im Rahmen einer Globalsumme zugewiesen, soweit diese die Ausgaben nicht durch eigene Einnahmen (Gebühren, Beiträge, Mieten etc.) decken können.

Grundsätzlich müssen alle Ausgaben aus der Zuweisung und den sonstigen Einnahmen gedeckt werden. Das Jahresabschlussergebnis wird auf das übernächste Haushaltsjahr vorgetragen. Einnahmen und Ausgaben sind titelkonkret in Bezirkshaushaltsplänen nachzuweisen, diese sind haushaltsrechtlich Teil des Berliner Haushaltsplans. Die Bezirke buchen ihre Kosten und Mengen auf einheitlich definierte Produkte. Grundlage für die Ermittlung der Zuweisung ist der sog. „Medianpreis“ je Produkt (durchschnittliche Stückkosten des sechsten und siebten Bezirks) multipliziert mit der jeweiligen Produktmenge. Das Haushaltsvolumen des Bezirksamtes Lichtenberg beträgt ca. 640 Millionen €, davon entfallen auf

- soziale Leistungen (Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kosten der Unterkunft, etc) 78 %,
- Personal 14%,
- konsumtive Sachausgaben (Bauunterhaltung, Bewirtschaftung von Gebäuden, Beköstigung in Schulen, Beschaffungen etc.) 6 %,
- Investitionen 2 %.

Grundlagen der Beteiligung

Grundlage für die Beteiligung ist der Produkthaushalt und nicht der kamerale Haushalt, der gesamte Haushalt wird verständnisorientiert (lesbar) aufbereitet, die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern wird lebenslagen- bzw. produktbezogen geführt, nicht haushaltstechnisch. Zur Diskussion im Rahmen des Bürgerhaushalts stehen alle Produkte (Angebote), die der Bezirk selbst nach Umfang, Kosten und Qualität steuern und beeinflussen. Leistungen, auf die ein einzelner Bürger ggf. einen individuellen Rechtsanspruch hat, sind von der Beteiligung ausgeschlossen. Steuerbare Angebote im Rahmen des Bürgerhaushaltes mit einem Gesamtbudget von ca. 38 Millionen € sind

- Bildungseinrichtungen (Öffentliche Bibliotheken, Musikschule, Volkshochschule),
- Kulturelle Angebote aller kommunalen Kultureinrichtungen,
- Gesundheits- und Sportförderung,

- Seniorenbetreuung sowie allgemeine Kinder- und Jugendförderung,
- Unterhaltung des Straßenbegleitgrüns, der Grünflächen und der Straßenbäume,
- Stadtteilarbeit und Spielplätze,
- Wirtschaftsförderung und Bauinvestitionen.

Der Beteiligungsprozess

Zu Beginn des Beteiligungsprozesses für das jeweilige Haushaltsjahr erhalten zehn von hundert der nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Einwohner/innen je Stadtteil eine Einladung der Bezirksbürgermeisterin (insgesamt 25.000 Haushalte), sich zu beteiligen. Daneben wird über diverse Medien geworben. Bürger/innen können sich auf drei Wegen und in unterschiedlicher Intensität einbringen:

- Diskussion mit anderen Bürger/innen in stadtteilbezogenen Diskussionsforen
 - Kleinere Veranstaltungen für bestimmte Zielgruppen oder für Bewohner eines Kiezes
 - Stadtteilkonferenzen für alle Bewohner/innen des Stadtteils
 - Ziel: Vorschläge werden eingebracht, diskutiert und qualifiziert, jedoch erfolgt keine Priorisierung. Organisation: Stadtteilzentren als Träger der Stadtteilarbeit
- Online-Diskussion im Internet; überwiegend gesamtbezirkliche Themen
 - Vorschläge werden von Bürger/innen eingestellt, kommentiert und bewertet.
 - Die Online-Moderation erfolgt durch die Verwaltung.
- Vorschläge können jederzeit schriftlich, per E-Mail oder persönlich z. B. in den Bürgerämtern eingereicht werden.

Nach Abschluss der Diskussionen werden alle Vorschläge, die sich den vom Bezirksamt beeinflussbaren Aufgabenbereichen zuordnen lassen, zur Abstimmung (Votierung) gestellt:

- Über Vorschläge aus den Stadtteildiskussionen können die Bürger/innen am Votierungstag (an stark frequentierten Orten des Stadtteils (insbesondere Einkaufszentren, zentrale Plätze, Bahnhöfe) abstimmen (je Bürger fünf Punkte). Zusätzlich werden die o. g. Haushalte schriftlich befragt. Die fünf Vorschläge mit der höchsten Punktzahl je Stadtteil bleiben im Rennen.
- Über die im Internet eingebrachten Vorschläge können die registrierten und berechtigten Nutzer über einen Zeitraum von zehn Tagen ebenfalls durch Verteilung von 5 Punkten verdeckt für Vorschläge votieren. Auch diese Vorschläge werden zusätzlich von den o. g. Haushalten votiert. Hier kommen zehn Vorschläge in die nächste Runde.

In dieser Weise, insbesondere zeitlicher Trennung von Diskussion und Votierung, wurde die Beteiligung erstmalig im Jahre 2009 (für den Haushalt 2011) mit Erfolg praktiziert. Die von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Votierung priorisierten 65 + zehn Vorschläge werden der BVV zugeleitet, die nach Diskussion in den Ausschüssen entscheidet, welche Vorschläge in die Haushaltsplanung aufgenommen werden sollen.

Entwicklung der Beteiligung im Vergleich

Bürgerhaushalt	2007	2008	2009	2010	2011
Zahl der Beteiligten insgesamt	4.048	4.140	4.150	5.794	8.130
Zahl der Vorschläge	367	182	378	232	241
davon durch Bürger/innen priorisierte Vorschläge	43	35	31	68	75
davon in den Haushaltsplan aufgenommen	39	29	27	65	66

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger für den Haushalt 2013 hat im April 2010 begonnen und wird im November 2011 abgeschlossen.

Was kostet der Bürgerhaushalt?

Am Beginn aller Debatten und Diskussionen um Bürgerkommune und Bürgerhaushalt stand hier in Lichtenberg nie die Frage „Was kostet das?“, sondern immer das gemeinsame Ziel von Politik, Verwaltung und aktiver Bürgerschaft durch möglichst niedrigschwellige Angebote viele Bewohner/innen zu gewinnen. Aus diesen Erkenntnissen heraus haben sich Formen der Beteiligung entwickelt, die naturgemäß Kosten verursachen. Wie bereits ausgeführt gibt es drei Wege der Beteiligung: Internet, Stadtteilversammlungen (einschließlich Votierungstag) und Haushaltsbefragung.

Bürgerbeteiligung gehört zu den Regelaufgaben der Bezirksverwaltung Lichtenberg, so dass keine gesonderten Personalausgaben anfallen. Für den Bürgerhaushalt wurden bis 2009 jährlich ca. 70.000 € ausgegeben. Die "größten Brocken" waren das Internet (jährliche Aktualisierung) und die Portokosten für die Haushaltsbefragung. Im vergangenen Jahr wurde diese Befragung auf die elektronische Form umgestellt und damit fallen nur noch rund 7.000 € dafür an. Das heißt, mit rund 50.000 € pro Jahr kann in einer Kommune mit mehr als 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Bürgerhaushalt stattfinden. Aus der folgenden Tabelle sind die einzelnen Positionen ersichtlich

Jahr	2005 (in €)	2006 (in €)	2007 (in €)	2008 (in €)	2009 (in €)	2010 (in €)
Informationsmaterial (Broschüren, Flyer, Plakate etc.)		21.668,13	15.197,89	9.555,70	10.439,87	9.044,00
Internet	21.887,81	38.427,90	21.065,52	38.709,32	25.489,80	23.335,90
Kosten für Stadtteil- konferen- zen/Bürgerversamml ungen (Miete, Mate- rial), Votierungstag		290,00	2.162,72	555,20	7.558,19	607,97
Haushalteabstim- mung		20.339,75	7.255,26	22.500,00	31.031,88	6.556,69
Kosten gesamt	21.887,81	80.725,78	45.681,39	71.320,22	74.519,74	39.544,56

Bezogen auf die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner sind das 0,20 € für jede/jeden. Soviel ist mir Bürgerbe-
teiligung wert und sollte es auch anderen sein.

Kiezfonds

Die Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich im Jahre 2010 zum sechsten Mal in Folge an der Auf-
stellung des Haushaltsplans. Der Bürgerhaushalt ist als Regelaufgabe in die Geschäftsverteilungspläne der
Bezirksverwaltung aufgenommen. Die Bürger/innen unterbreiten Vorschläge für den Haushaltsplan zu einem
Zeitpunkt, zu dem sich weder Politik noch Verwaltung mit der Haushaltsplanung befasst haben. Das hat Vor-
und Nachteile. Einerseits: Bürger/innen können unvoreingenommen von fachlichen und/oder politischen Prio-
ritätensetzungen Vorschläge einbringen und diskutieren. Die Politik kann entscheiden, welche Vorschläge die
Verwaltung der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs berücksichtigen soll. Die Haushaltsplanung wird durch
die vorgeschaltete Bürgerbeteiligung aufwändiger, aber auch qualifizierter. Die Diskussionen in den politischen
Gremien sind deutlich niveauvoller. Andererseits: Vielen Bürger/innen, vor allem Kindern und Jugendlichen ist
der Prozess vom Vorschlag zur sichtbaren Umsetzung (bis zu zwei Jahren) zu lang. Sie verlieren das Interesse an
der Beteiligung.

Um diesem Dilemma abzuhelpfen, haben die Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren mehrfach
gefordert, einen Fonds für kurzfristig umsetzbare, kleinere Projekte einzurichten. Nach intensiver Diskussion
zwischen Bürger/innen, Politik und Verwaltung wurde mit der Haushaltsplanung 2010 ein sogenannter Kiez-

fonds in Höhe von jährlich 65.000 € eingerichtet, aus dem je Stadtteil 5.000 € bereitgestellt werden. Gefördert werden Vorhaben, die den Zusammenhalt im Kiez fördern, Nachbarschaften stärken oder das Wohnumfeld verschönern, z. B.:

- Hof-, Nachbarschafts- und Straßenfeste
- Verschönerung von Spielplätzen, Gehweg-, Straßenbereichen und Gebäudefassaden o. ä.
- Pflanzaktionen in den Straßen
- Lehr-, Diskussionsveranstaltungen sowie Selbsthilfe- und Nachbarschaftsprojekte
- Material für Bürgerinformation

Jede Anwohnerin, jeder Anwohner, Initiativen und Vereine können die Kostenübernahme bis zu 1.000 € für die Realisierung einer solchen Idee beantragen. Über die Vergabe entscheidet eine für jeden Stadtteil gebildete Bürgerjury. 515 Bürgerinnen und Bürger haben sich bereit erklärt, in den Jurys mitzuwirken. Jede Jury besteht aus zehn – 15 Bürgern. Die Zusammensetzung erfolgte nach einem Losverfahren, wobei drei Altersgruppen (Jugendliche, Erwachsene, Senioren) geschlechtsparitätisch gebildet wurden. Hinzu kamen jeweils Bürger/innen mit Migrationshintergrund.

Die Konstituierung der Bürgerjurs erfolgte Mitte April 2010. Sie haben bereits mehrfach getagt, Projektvorschläge werden zum Teil sehr kritisch beäugt. Die Verwaltung prüft die bewilligten Projekte nur unter formalrechtlichen Aspekten, nicht jedoch fachlich-inhaltlich. Für die Realisierung der bewilligten Projekte sind die Bürger/innen verantwortlich.

Voraussetzungen für Erfolg und Nachhaltigkeit von Bürgerhaushalten

- Die politische Spitze muss
 - bürgerschaftliches Engagement wollen und unterstützen,
 - bereit und in der Lage sein, Kompetenzen der Bevölkerung zu nutzen,
 - die Übernahme von Verantwortung für kommunale Belange durch Bürger/innen fördern,
 - bürgerschaftliche Partizipationsräume nachhaltig erweitern und hierzu eine Beteiligungskultur entwickeln.
- Es darf nicht als Ein-Parteien-Projekt angelegt sein. Parteiübergreifender Konsens ist notwendig.
- Erarbeitung und Fortschreibung eines Regelwerkes zu Beteiligungsverfahren, -grundlagen und -wegen unter Beteiligung aller Akteure
- Strikte Beachtung des Regelwerkes im Prozedere
- Die Partizipation befördert zugleich die Entwicklung der Stadtteile und die Realisierung der Leitziele.

- Die Partizipation wird für den Bezirk insgesamt und nicht nur für ausgewählte Stadtteile durchgeführt.
- Der Bezirkshaushaltsplan insgesamt ist verständlich und lesbar. Die Beteiligung sollte sich aber auf die Aufgabenbereiche erstrecken, die vom Bezirksamt beeinflussbar/steuerbar sind.
- Das Verfahren ist offen, auf Dauer angelegt und findet im jährlichen Zyklus statt.
- Politik legt Rechenschaft darüber ab, inwieweit die Vorschläge in den Bezirkshaushaltsplan aufgenommen bzw. im Rahmen der Haushaltsdurchführung umgesetzt wurden.
- Eine regelmäßige Berichterstattung über die Art der Umsetzung von Vorschlägen der Bürgerhaushalte ist Pflicht der Verwaltung.
- Der Zugang ist niedrigschwellig, d. h.
 - Zur Motivierung von Kindern und Jugendlichen niedrige Altersgrenze setzen und von der Wahlberechtigung abkoppeln (in Lichtenberg gibt es keine Altersbeschränkung nach oben und unten)
 - Keine deutsche oder EU- Staatsangehörigkeit (Gemeinwesenarbeit und Partizipation muss auch die Integration von Migranten/Migrantinnen befördern und einen Beitrag zum interkulturellen Verständnis leisten)
 - Arbeits- bzw. Lebensmittelpunkt ist maßgebend
 - Die Beteiligung erfolgt auf mehreren Wegen:
 - Bürgerversammlungen/Stadtteilkonferenzen
 - Internet
 - Schriftlich/ Haushaltebefragung
- Das Beteiligungsverfahren fördert die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement.
- Der Prozess wird regelmäßig unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung evaluiert (z. B. im Rahmen eines offenen Workshops).

Anmerkungen

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter
www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

Autorin

Christina Emmrich initiierte das Projekt ‚Bürgerkommune Lichtenberg‘. Seit 2002 ist die Diplom-Gesellschaftswissenschaftlerin Bezirksbürgermeisterin des Berliner Bezirks und hat darüber hinaus auch die Ämter Bezirksverordnete und Bezirksstadträtin für Personal, Finanzen und Kultur inne.

Kontakt:

Christina Emmrich
Bezirksbürgermeisterin Berlin-Lichtenberg
Möllendorffstraße 6
10367 Berlin
Telefon: (030) 902 96 33 00
Fax: (030) 902 96 33 09
E-Mail: christina.emmrich@lichtenberg.berlin.de
www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de